1. Wahlprüfstein ZVI	Antwort CSU	Antwort Bündnis '90 / Die Grünen	Antwort Freie Wähler	Antwort FDP
In vielen Bereichen der technischen Fachverwaltungen mussten in den vergangenen Jahren aufgrund des fehlenden Fachpersonals und des starken Stellenabbaus immer mehr Aufgabenbereiche zusammengelegt werden. Die Folgen sind sowohl eine zunehmende Anzahl an Überlastungsanzeigen, eine geringere Prüftiefe fachtechnischer Problemstellungen sowie	- Einsatz für einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst mit motivierten Mitarbeitern und ausreichend Personal - steht für starken Staat mit starkem öffentlichem Dienst - öffentliche Institutionen, welche staatliche und kommunale Aufgaben gut und umfassend erledigen, nötig - gut funktionierende	- Nachwuchsgewinnung in technischen Bereichen besonders schwierig => besondere Anstrengungen  - nicht eine große Maßnahme, die alle Probleme löst, sondern viele kleine: Vom Ausbau dualer Studiengänge über finanzielle Anreize für Berufsanfänger bis zur Bereitstellung von Wohnraum  - Fachkräftegewinnungsgesetz wie auf Bundesebene wäre auch auf Landesebene sinnvoll  - gemeinsame Akademie für den technischen Dienst aller oder mehrerer Bundesländer	- Wiederbesetzungssperre - Wiederbesetzungssperre - Wiederbesetzungssperre führt zu weiteren Löchern in der dünnen Personaldecke - Wissenstransfer fast unmöglich, dadurch verlängerte Einarbeitungszeit - Mehrbelastung verbleibender Kolleginnen und Kollegen - Leidtragende auch Bürger, da verzögerte Bearbeitung der Anliegen	- Entbürokratisierung behördlicher Vorgänge - Digitalisierung einfacher Arbeitsabläufe und Genehmigungsverfahren - personelle Aufstockung nur in Notfällen und bei dringlichen Ausnahmefällen
ein Bearbeitungsstau bei Bau- und	Verwaltung wesentlicher Standortfaktor für	- bessere Personalplanung: Personalpolitik & Personaleinsatz nicht pauschalisierbar	- Streichung des pauschalen Stelleneinzugs	
Welche Maßnahmen zur Sicherstellung der Aufgabenerledigung und einer besseren Personalausstattung in den technischen Fachverwaltungen wird Ihre Partei umsetzen, wenn Sie gewählt werden?	- Deshalb Einsatz für eine leistungsfähige und effiziente Verwaltung - vorbehaltlich künftiger Haushaltsaufstellungen auch in Abbaubereichen Umschichtungen oder neue Stellen, wenn neue Aufgaben hinzukommen	<ul> <li>notwendige Stellen müssen besetzt werden, nicht notwendige können abgebaut werden</li> <li>Zeit für eine echte, am Bedarf orientierte Personalplanung, mit Aufgabenkritik und echter Bedarfsplanung</li> <li>pauschaler Stellenabbau nach Art. 6b des Haushaltsgesetzes ergibt dabei keinen Sinn</li> </ul>	- Stellenabbau nur sinnvoll, wenn verbunden mit Aufgabenabbau  - Art. 6b Haushaltsgesetzt steht einer leistungsfähigen Verwaltung entgegen und ist daher zu streichen	

2. Wahlprüfstein ZVI	Antwort CSU	Antwort Bündnis '90 / Die Grünen	Antwort Freie Wähler	Antwort FDP
Ingenieure der QE 3 sind angesichts der ständig wachsenden Aufgabenvielfalt sowohl für unsere Daseinsfürsorge als auch für unseren Wirtschaftsstandort im öffentlichen Dienst unverzichtbar. Durch den Konkurrenzdruck der freien Wirtschaft wird es zunehmend schwieriger, qualifizierte Nachwuchskräfte zu finden. Der erforderliche Vorbereitungsdienst mit geringen Anwärterbezügen macht den öffentlichen Dienst für ausgebildete Ingenieure zunehmend unattraktiv.	- Bayern hat innovativstes und leistungsorientierteste Dienstrecht  - im Ländervergleich Bayern Vorreiter hinsichtlich Bezahlung und Arbeitsbedingungen  - kontinuierliche Weiterentwicklung der dienstund beamtenrechtlichen Regelungen an Erfordernisse einer modernen Arbeitswelt  - zahlreiche finanzielle sowie nicht monetäre Anreize zur Attraktivitätssteigerung geschaffen: z.B. Anwärtersonderzuschläge bis zu 70 % des Anwärtergrundbetrages möglich, duales Studium  - stetig weitere Verbesserung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen	- grundsätzlich Attraktivität des öffentlichen Dienstes erhöhen  - Maßnahmen aus Antwort zu 1.  - zusätzliche Erhöhung der Eingangsbesoldung  - Überdenken der für Einstellung erforderlichen Einstellungsnote  - Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege  - Ausbau der Teilzeitangebote  - flexible Arbeitszeiten, weitere Tele-Arbeitsplätze und Homeoffice-Angebote  - gezielte Förderung von Vielfalt, Teilhabe und Integration, um Verwaltung interkulturell zu öffnen	- Beamte mit abgeschlossenem technischem Studium bereits privilegiert, da Einstiegsamt A10 - offen für Reformierung der Laufbahnen und des Laufbahnrechts - Ablehnung immer weiterer Ausnahmeregelungen für einzelne Studien- bzw. Laufbahnrichtungen - Angebot entsprechender Aufstiegsmöglichkeiten	- unattraktiver Vorbereitungsdienst (Gehalt, Dauer) ist bewusst  - Anwärter- und Referendarsbesoldung angemessen  - stärkere Herausstellung der Leistungen der Ausbildung, insbesondere wenn diese als Schlüsselqualifikation gilt  - Infoveranstaltungen an Universitäten / Fachhochschulen, um Vorteile des Beamtentums (private Krankenversicherung, Pensionsanspruch, etc.) deutlicher hervorzuheben
Welche Maßnahmen werden Sie im Falle einer Wahl umsetzen, damit die Attraktivität der 3. QE für angehende Ingenieure erhöht wird?	- Ausweitung des Angebots an Staatsbedienstetenwohnungen			- mehr Flexibilität hinsichtlich Arbeitszeit- und Arbeitsmodellen (z.B. Homeoffice)

3. Wahlprüfstein ZVI	Antwort CSU	Antwort Bündnis ´90 / Die Grünen	Antwort Freie Wähler	Antwort FDP
Trotz des neuen Dienstrechts ist die Durchlässigkeit insbesondere im Bereich der technischen Verwaltung durch eine strikte Abgrenzung zwischen QE 3 und QE 4 unzureichend. So hat ein Ingenieur der QE 3 neben den langen Beförderungswartezeiten kaum Aufstiegsmöglichkeiten. Dem gegenüber steht ein sehr großer Bewerbermangel in der QE 4. Die in den kommenden vier Jahren ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen der QE 4 können nicht durch reguläre Laufbahneinsteigerinnen und einsteiger abgedeckt werden. Dennoch wird der Aufstiegskorridor von den technischen Fachverwaltungen übergeordneten Ministerien nicht punktuell geöffnet.  Wie steht Ihre Partei zu diesem Problem und wie würden Sie dieses im Falle einer Wahl lösen?	- Beförderungen Kernelement zur Honorierung von Leistung  - Beförderungsmöglichkeiten - auch für modulare Qualifikation verbessert (bis Doppelhaushalt 2015/2016 rd. 41.500 Stellenhebungen bzw. Beförderungsmöglichkeiten)  - aktuelles Haushaltsgesetz 2017/2018 enthält mit Art. 6i Stellenhebungen im Volumen von 10 Mio. Euro  - Ziel: Beförderungsaussichten sowie Zulassungen zur modularen Qualifikation verbessern, in möglichst vielen stattlichen (auch in technischen) Bereichen  - Aufgabe der Verwaltung, Beförderungsbedarf im Rahmen einer sachgerechten Bewertung der Funktionen sowie im Vergleich zu anderen Laufbahnen festzustellen und bereitgestellte finanzielle Mittel und Planstellen entsprechend einzusetzen	- vgl. Antworten zu 1. Wahlprüfstein  - Attraktivität möglichst zu Beginn des Studiums, das für die QE 4 qualifiziert, erhöhen  - Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen QE 3 und QE 4 wichtig; mögliche Attraktivitätssteigerung für QE 3  - Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen QE 3 und QE 4 durch Prüfung, ob für Beförderung neben erforderlicher modularer Qualifizierung auch Spitzenprädikat bei letzter periodischer Beurteilung ausreichen kann	- neues Dienstrecht bietet Leistungsprämien und - zulagen sowie größere Durchlässigkeit zwischen den (früheren) Laufbahnen  - dem Potenzial des neuen Dienstrechts und der Leistungsbereitschaft der Beschäftigten ist nun Rechnung zu tragen  - Schaffung der erforderlichen Stellen	- steht für größtmögliche Durchlässigkeit zwischen den Ebenen  - bestimmte Aufgabenbereiche erfordern formale Voraussetzungen und Abschlüsse; wird nicht in Frage gestellt  - bei ausreichender Qualifizierung wird kein Versagungsgrund für eine Stellenbesetzung gesehen  - genaue Prüfung der bestehenden Voraussetzungen (z.B. Dienstalter, Zeugnisse, Beurteilungen, Stellenbeschreibung, etc.)

4. Wahlprüfstein ZVI	Antwort CSU	Antwort Bündnis '90 / Die Grünen	Antwort Freie Wähler	Antwort FDP
Trotz stetig steigender Anforderungen und wachsender Aufgabenfelder hinkt die Bezahlung im öffentlichen Dienst im Vergleich zur freien Wirtschaft – insbesondere für Techniker und Naturwissenschaftler – hinterher.  Welche Maßnahmen sind von Ihnen vorgesehen, um diese Lücke zu schließen? Wie stehen Sie zu einer Erhöhung von Einstiegsämtern, um das erhöhte Qualifikationsniveau angemessen zu honorieren?	- Anpassung der Gehälter im staatlichen Bereich an Privatwirtschaft nicht finanzierbar  - viele andere Vorteile gegenüber Privatwirtschaft  - Versuch, im Rahmen der Möglichkeiten finanzielle Anreize zu schaffen: Beamte der 3. QE, Laufbahn Naturwissenschaft und Technik, Einstieg in A10 statt A9, bei entsprechenden Voraussetzungen im Einzelfall sogar in A11 möglich  - bei Regelstudiendauer länger als sechs Semester auch bereits Einstieg in Dienstaltersstufe 2 und nicht in 1  - vgl. auch Antwort zu 2. Wahlprüfstein	- Einschnitte der Vergangenheit (z.B. durch Nullrunden im Beamtenbereich)  - echter Ausgleich nur schrittweise möglich, da v.a. auch durch Kommunen finanziell tragbar sein muss, auch hinsichtlich Personalmehrungen  - an erster Stelle wichtig und schnell umsetzbar: höhere Eingangsbesoldung	- Unterschied Beamte / Angestellte; System wird nicht in Frage gestellt  - Beamte auch viele nicht rein monetäre Vorteile (z.B. Beamtenversorgung höher als Leistungen der Rentenversicherung, gleitende Arbeitszeit, Teilzeit, flexibles Arbeiten, Telearbeit, mobiles Arbeiten, etc.)  - generelle Hebung von Einstiegsämtern kritisch, da dann Wegfall von Beförderungsmöglichkeiten  - wichtig: Besoldung der jeweiligen Besoldungsgruppe muss angemessen sein (Prüfung)  - wichtig: angemessene Stellenbewertung (Prüfung)  - Staat kann Wettbewerb mit Privatwirtschaft nicht auf rein monetärer Ebene gewinnen	- Ingenieure in Privatwirtschaft wesentlich besser bezahlt  - Einkommensniveau ist hoch und angemessen  - Kompensationen durch Firmenwägen o.ä. denkbar ⇒ indirekte Verkleinerung der Einkommenslücke

5. Wahlprüfstein ZVI	Antwort CSU	Antwort Bündnis '90 / Die Grünen	Antwort Freie Wähler	Antwort FDP
Es werden immer mehr Leitungsfunktionen auch in den technischen Fachverwaltungen mit "Nicht- Technikern" besetzt, obwohl für gute Führungsarbeit in den technischen Fachverwaltungen ein fundierter Sachverstand und qualifizierte Fachkenntnisse unerlässlich sind.  Wie steht Ihre Partei zu der Besetzung von Leitungsfunktionen auf technischer Fachebene in den Ministerien, Bezirksregierungen und Landratsämtern, sowie in den Fachbehörden und Kommunen vor Ort mit Fachleuten aus den nichttechnischen Verwaltungen?	- Besetzung mit Nichttechnikern grundsätzlich nicht zu beanstanden, da Leitungsfunktionen andere Tätigkeitsprofile aufweisen und Führungsverantwortung beinhalten.  - Besetzung verfassungsrechtlich nach Eignung, Befähigung und Leistung  - Personalauswahl des jeweiligen Dienstherrn bzw. der Dienststelle im Verwaltungsvollzug ist keine parteipolitische Frage	- in Führungspositionen und Ministerien sehr häufig Juristinnen und Juristen  - auch bei Leitungsfunktionen in technischen Fachbereichen sind rechtliche Kenntnisse notwendig  - je nach Fachbereich aber auch mehr technischer oder ökonomischer Sachverstand wünschenswert	- grundsätzlich ist die individuelle Eignung zur Übernahme von Leitungsfunktionen entscheidend, nicht zwingend der verwaltungstechnische Hintergrund (technisch / nichttechnisch)  - keine grundsätzlich einseitige Rekrutierung von Führungskräften aus dem einen oder dem anderen Bereich	- Besetzung technischer Posten mit nichttechnischem Fachpersonal kritisch  - Voraussetzung: grundlegendes Verständnis für die technischen Belange  - Für Leitungspositionen {im technischen Bereich, Anm. ZVI} nur technisches Fachpersonal einsetzen